

Bewerbungsrede Dr. Julia Verlinden, 19. Januar 2021,  
Digitale Kreismitgliederversammlung Lüneburg / Lüchow-Dannenberg  
(Ersatz für Wahlversammlung, die wg. Corona-Lage vertagt wurde)

Liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank, dass Ihr heute Abend dabei seid!

Und natürlich würde ich jetzt lieber mit Euch in einem Raum sitzen, und vor oder nach der Veranstaltung noch einen kleinen Plausch halten.

Aber wir leben in besonderen Zeiten und die erfordern besondere Maßnahmen.

Wir stehen gemeinsam am Beginn eines sehr besonderen Jahres:

Corona wird uns noch einiges abverlangen: dazu gehören die Einschränkungen, sei es z.B. für das Bildungssystem, und massive wirtschaftliche Herausforderungen für viele Betriebe bei uns vor Ort, der Gastronomie, der Kultur usw.

Die gute Nachricht ist: Die Impfungen sind in Europa und vielen Teilen der Welt vor mehreren Wochen gestartet, allein in Deutschland wurden bis heute Mittag mehr als 1 Mio. und 220.000 Menschen geimpft.

Diese Entwicklung bringt hoffentlich dieses Jahr die Wende.

Die Coronakrise ist noch nicht zu Ende, aber jetzt schon hat sie uns mindestens 2 Dinge gezeigt:

- 1) dass schnelles politisches Handeln möglich ist und damit der Herausforderung angemessenes Handeln – wenn die parlamentarische Mehrheit es denn will, wenn

politische Kräfte anerkennen, dass Entscheidungen heute die Situation in 7 oder 14 Tagen ganz entscheidend beeinflussen

- 2) dass viele Menschen solidarisch sind: den Ernst der Lage erkennen, zum Schutz von Risikogruppen und uns allen sich an die Regeln halten, anderen helfen, füreinander da sind, Einkaufen gehen für die Nachbarin oder diejenigen häufiger mal anrufen, die gerade alleine sind

Ja, es kostet gerade sehr viel Kraft mit Homeschooling, viele machen sich Sorgen um ihre Existenz oder um ihre Liebsten, die im Krankenhaus oder Pflegeheim sind.

Wenn wir uns gemeinsam unterstützen – und auch mal die Erwartungen herunterschrauben, dass gerade nicht alles ganz perfekt funktioniert wie vor der Pandemie, uns umeinander kümmern, dann schaffen wir zusammen auch noch die nächsten Monate.

2021 wird also hoffentlich die Wende bei der Coronakrise bringen, und dieses Jahr kann auch eine Wende bei den anderen 2 großen Krisen unserer Zeit bringen: der Klimakrise und dem Artensterben.

Denn immer mehr Menschen wissen: so kann es nicht weitergehen. Und sie sind bereit zu handeln. Bei sich vor Ort und an der Wahlurne.

Und da stehen für uns dieses Jahr spannende und wichtige Kommunalwahlen und natürlich die BTW an.

Und während die Coronakrise uns alle schwer beschäftigt, macht die Klimakrise keine Pause. Im Gegenteil:

Man muss sich vor Augen führen, dass auch die Klimakrise nicht nur einen problematischen Temperaturanstieg mit sich bringt: durch Verwüstung und Trockenheit sowie durch Wetterextreme verschärft sie die Ungleichheit auf der Welt und das Artensterben, sie wird eine Gesundheitskrise und zugleich eine neue Finanzkrise bringen, wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern.

Bereits im Hitzesommer 2018 gab es allein in Deutschland eine Übersterblichkeit von 10.000 Personen.

Unser Planet hat Fieber und das Impfmittel gegen die Klimakrise steht längst bereit. Dafür muss es aber politische Mehrheiten geben, es endlich konsequent einzusetzen:

Schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien,

Ausschöpfen der Potentiale für Energieeffizienz und Energiesparen,

sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft,

eine Mobilitätswende, die allen Menschen ein Angebot macht, sicher, klimafreundlich und bezahlbar von A nach B zu kommen – auch alle, die keinen Führerschein haben,

wir brauchen einen fairen Preis für die Verschmutzung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub>

und natürlich eine Agrarwende.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Mit dem Beschluss des Pariser Klimaabkommens war das Jahr 2015 nach langer Durststrecke endlich ein hoffnungsvolles Jahr, doch das schlägt sich bisher höchstens in der Rhetorik, nicht im Handeln der Bundesregierung nieder.

Das liegt vor allem an den Bremsern von der Union: Es gab unter Merkel nur Trippelschritte beim Klimaschutz, und das wird der eigentlichen Herausforderung absolut nicht gerecht.

Statt dem Ausbau von Wind- und Solarenergie den notwendigen Schub zu verleihen, zögert Schwarz-Rot die Beschleunigung der Energiewende immer weiter hinaus.

Damit stößt sie investitionswillige Bürger\*innen und Unternehmen vor den Kopf.

Nur ein Beispiel: Investitionen in die Errichtung von EE-Anlagen sind die letzten 10 Jahre fast kontinuierlich zurückgegangen. 2010 waren es fast 28 Milliarden Euro, 2019 nur noch 10,5.<sup>1</sup>

Die GroKo verabredete einen Kohleausstieg mit RWE und Co, der für die Klimaziele viel zu spät kommt und uns Steuerzahler\*innen Milliarden kostet – für Tagebaue und Kraftwerke, die bereits heute rote Zahlen schreiben.

Letztlich ist es ein Kohleverlängerungsgesetz, das das Rentenalter für die Kraftwerke noch vergoldet, was die GroKo im Sommer da beschlossen hat...

Und auf EU-Ebene hat Merkel sich im Auftrag der deutschen Autoindustrie gegen schärfere CO2-Grenzwerte für Pkw eingesetzt und versucht, den Emissionshandel auszuhöhlen.

Deutschland ist damit unter Kanzlerin Merkel vom einstigen Vorreiter der Energiewende zum Nachzügler geworden. Ein Nachzügler, der ganz Europa ausbremst.

Es ist echt peinlich: 2018 lag D beim Anteil Erneuerbare am Endenergieverbrauch gerade mal auf Platz 17 von allen EU-Staaten<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> ([https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2019.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=29](https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=29), S. 14)

Immerhin ist die Entwicklung im Strombereich bisher noch auf einem einigermaßen guten Weg. 2020 kam fast die Hälfte des Stromes aus EE. Das ist vor allem dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zu verdanken, das vor 20 Jahren von einer rot-grünen Bundesregierung beschlossen wurde.

<sup>2</sup> [https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2019.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=29](https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/zeitreihen-zur-entwicklung-der-erneuerbaren-energien-in-deutschland-1990-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=29)

Und besonders weit hinten liegen wir im Europäischen Vergleich bei der Wärmewende: Der Anteil Erneuerbare<sup>3</sup> stagniert hier seit 2012 bei +/- 14%.<sup>4</sup>

D.h. 86% der Heizenergie ist weiterhin fossil!

Dabei gibt es längst gute Alternativen zu Öl- oder Gasheizungen – und zahlreiche Firmen – auch in Niedersachsen – verkaufen längst diese Heizungen, die erneuerbare Wärme produzieren – und haben zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.

Doch statt die entscheidende Bedeutung des Gebäudebereichs anzuerkennen und wirksame Regeln aufzustellen, hat die Regierung im Sommer ein Gebäudeenergiegesetz verabschiedet, das Energieverschwendung zum Standard macht. Und solange die Bundesregierung den Einbau von fossilen Heizungen noch subventioniert hat, braucht man sich echt über gar nichts mehr wundern.

Wir haben dieser Regierung immer wieder gezeigt, wie Energiewende geht. Ich habe als energiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion seit 2013 mit Bündnispartnern aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft Konzepte geschrieben, Expertenanhörungen initiiert, mit meiner Fraktion Vorschläge, Anträge und Gesetzentwürfe geschrieben.

Aber ausgerechnet da, wo abschreiben endlich mal sinnvoll und erlaubt gewesen wäre, hat die GroKo darauf verzichtet.

Und so ist das einstige Mutterland der Energiewende höchstens noch Mittelfeld. Und die CDU wird immer mehr zum Investitionsrisiko für den Standort Deutschland.

Die Union ist nun mal das Gegenteil von einer fortschrittlichen Partei.

---

<sup>3</sup> Bei Wärme und Kälte

<sup>4</sup> [https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/Berichte/erneuerbare-energien-in-zahlen-2019.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/Berichte/erneuerbare-energien-in-zahlen-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

Das hat sich auch bei der Wahl von Laschet zum Parteivorsitzenden gezeigt. Er steht für ein völlig überholtes Bild von Wirtschaftspolitik, die dem Kohle-Konzern RWE dienen soll. Noch in diesem Jahr werden für riesige Braunkohle-Löcher Menschen enteignet und vertrieben, Dörfer und denkmalgeschützte Kirchen abgerissen...

Das ist nicht modern, sondern das ist das fossile Zeitalter, das wir Grüne schnellstmöglich hinter uns lassen wollen.

Und auch in Mecklenburg-Vorpommern passieren sehr schräge Dinge:

Da wird von der SPD-Ministerpräsidentin eine Klimaschutz-Stiftung ins Leben gerufen, die dabei helfen soll, eine Erdgas-Pipeline zu bauen.

Ja, ein fossiles Mega-Projekt im Jahr 2021 – obwohl die EU in weniger als 30 Jahren klimaneutral sein will. Gazprom hat gesagt, es dauert ca. 40 Jahre bis sich diese Leitung amortisiert – da rechnet jemand wohl damit, dass Klimaschutz weiterhin nur auf dem Papier steht und keine konsequente Politik gemacht wird.

Und wenn doch, dann klagt man auf Entschädigungen – Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP und internationale Schiedsgerichte lassen grüßen.

Jeder Euro, der jetzt in Erdgas-Infrastruktur investiert wird, anstatt in Erneuerbare oder in Energieeffizienz oder in grünen Wasserstoff, der ist einfach verloren.

Deswegen machen auch Flüssiggas-Terminals (LNG) an Niedersachsens Küsten absolut keinen Sinn.

Heute gilt mehr als je zuvor: Jede Investition in fossile Geschäftsmodelle ist hochriskant – sowohl fürs Klima als auch finanziell – und am Ende für uns Steuerzahler\*innen.<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Es ist so absurd: Dass im Jahr 2020 in NRW noch ein neues Kohlekraftwerk Datteln IV ans Netz gegangen ist, das sich nie rechnen wird, zeigt doch, dass fossile Fehlinvestitionen ein massives finanzielles Risiko sind.

Peter Altmaier ist nicht nur ein schlechter Energieminister, er ist auch ein schlechter Wirtschaftsminister.

Wenn er nämlich sehen würde, wohin sich die Arbeitsplätze der Zukunft verlagern, dass viele internationale Investitionen abgezogen werden aus fossilen Projekten in Deutschland, dann würde er kapieren, dass auch industriepolitisch eine mutige Energiewende das Beste wäre, was uns passieren kann. Aber er steht weiterhin auf der Bremse.

Wenn dieser Planet für uns Menschen weiterhin unser Zuhause sein soll - und wir kennen keinen schöneren Planeten – dann wir haben keine andere Wahl als die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Und dafür muss Deutschland endlich den Kurs ändern.

Es ist höchste Zeit, diese GroKo abzulösen. Jetzt ist das Jahrzehnt, in dem wir die Weichen voll auf Klimaschutz stellen müssen. Und dafür will ich einen Beitrag auch in der künftigen grünen Bundestagsfraktion leisten.

Und viele weitere Themen neben der Energiepolitik stehen an:

Auch bei der Mobilitätswende haben wir Antworten, die auf die veränderten Bedürfnisse der Menschen eingehen: weg von einer Verkehrspolitik, die immer mehr Straßen und immer mehr Autos gebracht hat, hin zu einer Mobilitätspolitik, die auf saubere Fahrzeuge und intelligente Vernetzung setzt – mehr zu Fuß, mehr Fahrrad, mehr Bus und Bahn, mehr E-Fahrzeuge, weniger Autos, insbesondere in den Innenstädten.<sup>6</sup>

Und auch im ländlichen Raum funktioniert in immer mehr Dörfern das Carsharing – das Wendland macht es vor uns das freut mich sehr.

---

<sup>6</sup> Auf nichts trifft der alte Spruch „weniger ist mehr“ so gut zu wie auf Autos in der Innenstadt. Mehr Platz, mehr grün, mehr Sicherheit, mehr frische Luft, mehr Bewegung, mehr Lebensqualität – mehr Begegnung.

Und auch die Elektromobilität leistet einen wichtigen Beitrag: inzwischen wurden in Deutschland vielleicht nicht 1 Mio. Elektro-PKWs, aber immerhin schon mehrere Millionen Elektro-Fahrräder verkauft und ergänzen die Mobilität im ländlichen Raum – und für sichere Wege setzen wir Grüne uns ein.

Und auch bei der Agrarwende kommt es auf uns Grüne an: für eine zukunftsweisende Verteilung der EU-Milliarden kämpfen, statt wenige Riesenbetriebe mit Millionen zu fördern sollen die Betriebe viel besser unterstützt werden, die nachhaltig wirtschaften und auf Tierschutz achten; Pestizideinsatz stark einschränken, Überdüngung vermeiden... Viele Bäuerinnen und Bauern hier in unserer Region – oder die solidarischen Landwirtschaften zeigen schon, wie das geht.

Wir Grüne wollen den Wohlstand unseres Landes so verteilen, dass alle ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können – deswegen fordern wir z.B. immer wieder, dass es genug Geld geben muss für Kinder – aber die Bundesregierung hat während der Corona-Krise lieber zuerst Lufthansa und TUI gerettet – ohne daran verknüpft Bedingungen für Nachhaltigkeit zu stellen.

Hartz IV ist gescheitert. Es muss eine sanktionsfreie Grundsicherung geben. Das haben wir auch letzte Woche im Bundestag nochmal klar gemacht.

Auch auf uns Grüne wird es ankommen bei einer Wende in der Flüchtlingspolitik: über 200 Kommunen haben sich bereit erklärt, Geflüchtete aus den Lagern in Südeuropa aufzunehmen, dafür muss endlich vom Bundesinnenminister der Weg frei gemacht werden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Atomrisiko begleitet die Menschheit noch 1 Mio. Jahre.

Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass Wissenschaft, Transparenz und Beteiligung die Maßstäbe sind für die Suche nach einem Endlager. Denn auch wenn der Salzstock

Gorleben zurecht aus dem Verfahren ausgeschieden ist, ist ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit noch nicht gefunden.

Deshalb kommt es jetzt mehr denn je auf uns an. WIR Grüne müssen stark werden, damit wir unsere Themen stark machen können: Klimaschutz, Artenschutz, eine gerechtere Wirtschaftspolitik, für ein gemeinsames Europa, soziale Gerechtigkeit, eine humane Flüchtlingspolitik, eine engagierte Politik für mehr Gleichberechtigung und klare Kante gegen rechts.

Wenn zum Sommer hin die Pandemie im Griff ist, werden all diese Themen auch wieder mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben große Unterstützung in der Gesellschaft für unsere Themen. Diese Unterstützung werden wir auch für politische Mehrheiten brauchen. Dass wir Grüne als Original gewählt werden.

Viele Unternehmen, Initiativen oder Genossenschaften setzen die sozial-ökologische Transformation des Wirtschaftens im Kleinen bereits um. Betreiben als Bürgerenergiegenossenschaften einen Windpark oder die Solaranlage auf dem Schuldach. Wirtschaften in der Solidarischen Landwirtschaft.

Für all dieses Engagement aus der Region war ich in den letzten (fast) 8 Jahren, die ich Euch nun im Bundestag vertrete auch Ansprechpartnerin, weil die sich aus Berlin eine progressive Politik wünschen.

Und weil sie in dem hiesigen Abgeordneten der CDU wohl nicht so den richtigen Ansprechpartner sehen – was ich sehr gut verstehen kann.

Jetzt wird es Zeit, dass diese Initiativen auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen bekommen.

Lasst uns dieses Jahrzehnt gemeinsam zu einem grünen Jahrzehnt machen! Dann haben wir gute Chancen auf ein modernes und nachhaltiges Deutschland, in dem es auch sozial gerechter zugeht.

Change will come, whether you like it or not. –

Also frei übersetzt: die Welt verändert sich, ob Dir das gefällt oder nicht.

Die Frage ist allerdings, ob wir als Menschheit rechtzeitig den Wandel konstruktiv gestalten.

Jedenfalls kann es keine Option sein, physikalische oder (molekular)biologische Naturgesetze zu leugnen oder zu ignorieren.

Mit einem steigenden Meeresspiegel kann man nicht verhandeln.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich habe riesige Lust, mit Euch einen knallgrünen, selbstbewussten Wahlkampf zu machen diesen Sommer – in den Kommunen, im Wahlkreis – für die Bundestagswahl.

Ich will mit Euch zusammen dazu beitragen, unseren guten Ruf als grüne Hochburg in Niedersachsen mit Spitzen-Wahlergebnissen weiter auszubauen.

Und gemeinsam können wir den Politikwechsel schaffen.

Wir sind bunt, wir sind viele, wir sind engagiert, wir haben Lust auf Zukunft – denn Veränderungen gestalten, das schafft Sicherheit und Halt.

Los geht's, liebe Freundinnen und Freunde!